

Wohlstand neu denken: Eine politische Reflexion

I. Ausgangspunkt: Die Grenzen des Wachstums und die Krise des Wachstumsdenkens

Seit dem Club of Rome-Bericht *Die Grenzen des Wachstums* (1972) ist klar: Planetare Belastungsgrenzen setzen dem endlosen Wirtschaftswachstum faktische Schranken – eine Erkenntnis, die sich durch Klimakrise, Artensterben und Ressourcenverknappung zunehmend verdichtet. Ökonomen wie Tim Jackson haben mit *Wohlstand ohne Wachstum* das Wachstumsparadigma grundsätzlich in Frage gestellt und Reformmodelle entwickelt. Auch Harald Welzer plädiert für eine „Kultur des Aufhörens“, bei der Wirtschaft nicht mehr Selbstzweck ist, sondern ins Verhältnis zur Lebensqualität gesetzt wird.

II. Zum Denkmodell: Postwachstums- und stationäre Ökonomie

Die Postwachstumsökonomie nach Niko Paech stellt psychische und ökologische Belastungsgrenzen ins Zentrum. „Grünes Wachstum“ sei Illusion – es brauche stattdessen Subsistenz, Regionalität, Ressourcenschonung und neue Formen von Eigentum. Die stationäre Ökonomie (nach Daly und Georgescu-Roegen) fordert konstante ökonomische Größenordnungen, die auf Nachhaltigkeit und Stabilität setzen. Alternative Wohlstandsindikatoren wie Lebenszufriedenheit oder ökologische Resilienz gewinnen an Bedeutung – das sogenannte Easterlin-Paradox verdeutlicht, dass BIP-Wachstum nicht automatisch zu mehr subjektivem Wohlbefinden führt.

III. Philosophische und sozialetische Orientierung

Der Fähigkeitsansatz von Amartya Sen legt den Fokus auf individuelle Entfaltungsmöglichkeiten und gesellschaftliche Teilhabe als Maßstab für Wohlstand – und verbindet sich damit eng mit dem Menschenbild der christlichen Sozialethik. Auch die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft bieten Anknüpfungspunkte: Eigentum verpflichtet, Wettbewerb braucht Ordnung, Freiheit verlangt Verantwortung. Walter Eucken, Begründer der Freiburger Schule, betonte, dass eine marktwirtschaftliche Ordnung nur dann stabil sei, wenn sie durch einen

klaren ordnungspolitischen Rahmen gelenkt werde. Dieser müsse Missbrauch von Marktmacht verhindern, Preismechanismen sichern und das Gemeinwohl fördern – Grundgedanken, die auch für ein „Postwachstumsmodell mit Markt“ anschlussfähig bleiben.

IV. Wege in eine zukunftsfähige Wohlstandsgesellschaft

Dass ein Wandel hin zu einer nachhaltigen und gemeinwohlorientierten Wirtschaftsweise keine Utopie bleiben muss, zeigen vielfältige empirische Befunde und politische Reformansätze. So hat etwa das Bundesamt für Raumentwicklung in der Schweiz (ARE, 2023) in seinem Bericht zur Wachstumsunabhängigkeit aufgezeigt, wie wirtschaftliche Resilienz durch stärkere Distributionsfunktionen und soziale Stabilität gefördert werden kann. Zugleich legen Konzepte wie die Donut-Ökonomie von Kate Raworth oder der Capability Approach von Sen den Fokus auf alternative Wohlstandsindikatoren, die soziale Teilhabe und ökologische Grenzen gleichermaßen berücksichtigen.

Zur politischen Umsetzung gehören strukturelle Rahmenbedingungen wie eine ökologisch ausgerichtete Steuerpolitik, Innovationsanreize für eine Kreislaufwirtschaft und die Integration von Nachhaltigkeit in öffentliche Investitionsprogramme. Förderprogramme für grüne Technologien, ESG-Berichtspflichten sowie neue rechtliche Standards für Unternehmen (z. B. Lieferkettengesetz) sind wichtige Hebel, um Marktmechanismen mit ökologischen und sozialen Zielen zu verbinden. Ergänzend bedarf es einer gesellschaftlichen Kulturveränderung, in der Suffizienz, Zeitwohlstand, solidarische Lebensweisen und lokale Teilhabeformen nicht als Verzicht, sondern als Qualitätsgewinn kommuniziert werden. Dabei lassen sich zahlreiche zivilgesellschaftliche Ansätze beobachten, etwa in der Verbreitung von Reparaturcafés, Urban Gardening-Initiativen oder solidarischer Landwirtschaft. Bildungsinitiativen wie „Schule im Aufbruch“ oder die systematische Integration von Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) in schulische Curricula tragen zur Bewusstseinsbildung bei – und fördern langfristig auch die demokratische Legitimationsbasis für strukturelle Transformationen.

V. Demokratische Resilienz in Zeiten des Umbruchs: Herausforderungen und Antworten

Die paradigmatische Neuausrichtung von Politik und Ökonomie im Horizont ökologischer, sozialer und kultureller *Sustainability* erfordert eine konsequente Abkehr von einer monokausalen Orientierung am Bruttoinlandsprodukt (*BIP*) hin zu einem holistischen Wohlstandsverständnis. An die Stelle des *BIP* als dominanter Referenzgröße sollten erweiterte, multidimensionale Indikatorensysteme – wie etwa der Nationale Wohlfahrtsindex oder der *Genuine Progress Indicator (GPI)* – treten, welche neben ökonomischen auch soziale, ökologische und kulturelle Parameter systematisch integrieren. Diese Verschiebung ist nicht lediglich ein methodologischer Akt, sondern Ausdruck eines veränderten normativen Selbstverständnisses wirtschaftlicher Entwicklung, das *bonum commune* und *qualitas vitae* in den Mittelpunkt rückt.

Ein zweiter, immanenter Baustein dieser Transformation besteht in der gezielten *Incentivierung* nachhaltiger Innovationen durch kohärente ordnungspolitische Rahmensetzungen. Instrumente wie eine ökologische Mehrwertsteuer, die bewusst ressourcenintensive Güter verteuert, oder gesetzlich verankerte Anreize zur Verlängerung der Produktlebenszyklen schaffen ökonomische Konditionen, welche ressourcenschonende und zirkuläre Geschäftsmodelle privilegieren. Hierbei wird die Kreativität des Marktes nicht restringiert, sondern vielmehr kanalisiert – und zwar in eine ökologisch verantwortliche, zugleich zukunftssträchtige Richtung.

Ebenso unerlässlich ist eine Reform der öffentlichen Haushaltsführung im Sinne eines *Green Budgeting*, das heißt die systematische Integration ökologischer Zielsetzungen in die staatliche Finanzplanung. Diese Vorgehensweise ermöglicht es, fiskalische Prioritäten proaktiv zugunsten von Klimaschutz, Biodiversität und nachhaltiger Infrastruktur zu setzen. Komplementär dazu bedarf es einer konsequenten *Dekonstruktion* ökologisch schädlicher Subventionen, um kontraproduktive Fehlansätze zu eliminieren. Die so freigesetzten Mittel könnten wiederum strategisch in den Ausbau sozialer Infrastrukturen – insbesondere in Bildung, Gesundheit und elementare Daseinsvorsorge – reinvestiert werden, wodurch sich sowohl die ökologische als auch die soziale Resilienz potenziert. Dass dabei eine Umverteilungsstrategie auch „Verlierer“ provoziert, muss nicht zwingend als gegeben hingenommen werden. Vielmehr sind hier Kompensationsleistungen für eine definierte Über-

gangsphase zur Verfügung zu stellen. Deren Refinanzierung sich aus den sich nachgängigen Wertschöpfungen ergeben muss.

Von eminenter Bedeutung ist ferner die Förderung lokaler und regionaler Wirtschaftskreisläufe. Modelle wie Energiegenossenschaften, Gemeinwohlbilanzen oder solidarische Ökonomien fungieren hier als Katalysatoren einer dezentralisierten, gemeinwohlorientierten Wertschöpfung, welche die Abhängigkeit von global volatilen Märkten reduziert und zugleich soziale Kohäsion stärkt. Ihre demokratische Signifikanz liegt in der Stärkung partizipativer Strukturen, in erhöhter Transparenz und in der Intensivierung kollektiver Verantwortungsübernahme.

Nicht minder relevant ist die Transformation des Finanzsektors. Nachhaltige Taxonomien, welche präskriptiv definieren, welche ökonomischen Aktivitäten als ökologisch und sozial vertretbar gelten, sowie eine obligatorische Offenlegung von Kapitalflüssen bilden die Grundlage für eine zielgerichtete Umlenkung von Investitionen in klimaaffine und sozialverträgliche Projekte. Der Finanzsektor wird so von einem primär renditegetriebenen in einen strategisch allozierenden Partner einer zukunftsfähigen Wohlstandsordnung transformiert.

Gleichwohl bergen selbst klug konzipierte Transformationsprozesse das inhärente Risiko sozioökonomischer Friktionen, insbesondere dann, wenn die Lasten der Umstellung asymmetrisch verteilt werden und sozioökonomisch vulnerable Gruppen oder strukturschwache Regionen überproportional betroffen sind. Demokratietheoretiker wie Claus Leggewie und David van Reybrouck verweisen darauf, dass tiefgreifende Veränderungen unter Umständen als technokratisch oktroyiert wahrgenommen werden – eine Wahrnehmung, die soziale Polarisierung und einen Erosionsprozess politischen Vertrauens katalysieren kann.

Daher muss eine resiliente Demokratie auf drei konstitutiven Säulen ruhen: prozeduraler Gerechtigkeit, substantieller Partizipation und kultureller Anerkennung. Politisch-administrative Instrumente wie Transformationsfonds zur Kompensation ökonomischer Strukturbrüche, modulare Umschulungsprogramme für von Disruption betroffene Berufsgruppen oder regionale Zukunftswerkstätten dienen der sozialverträglichen Gestaltung des Übergangs. Auf gesamtgesellschaftlicher

Ebene sind deliberative Formate wie Bürgerräte, kommunale Reallabore oder Bildungsinitiativen zur Förderung von *future literacy* prädestiniert, um die Bevölkerung aktiv in den Diskurs und in die *co-kreative* Gestaltung der Transformation einzubinden.

Somit lässt sich konstatieren: Demokratie ist nicht der Preis, den es für den Wandel zu entrichten gilt – sie bildet vielmehr dessen *conditio sine qua non*. Nur wenn der Transformationsprozess in einem offenen, inklusiven und gerechten Rahmen verläuft, kann er die notwendige Legitimation, Akzeptanz und gesellschaftliche Trägerschaft gewinnen, um den Übergang in eine nachhaltige und zukunftsfähige Wohlstandsordnung erfolgreich zu realisieren.

Literaturverzeichnis:

- Altvater, E. (2005). *Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Biesecker, A., & von Winterfeld, U. (2011). *Nachhaltige Entwicklung und Postwachstumsökonomie*. Wiesbaden: Springer VS.
- Daly, H. E. (1999). *Ecological Economics and the Ecology of Economics*. Cheltenham: Edward Elgar.
- Eucken, W. (2004). *Grundsätze der Wirtschaftspolitik* (8. Aufl.). Tübingen: Mohr Siebeck.
- Gronemeyer, M. (2013). *Das Leben als letzte Gelegenheit*. München: C.H. Beck.
- Held, M., & Nutzinger, H. G. (Hrsg.). (2006). *Wirtschaft und Ethik*. Marburg: Metropolis.
- Horx, M. (2020). *Die Zukunft nach Corona*. Frankfurt: Zukunftsinstitut.
- Jackson, T. (2017). *Wohlstand ohne Wachstum*. München: oekom.
- Jonas, H. (1984). *Das Prinzip Verantwortung*. Frankfurt: Suhrkamp.
- Meadows, D. H., et al. (1972). *Die Grenzen des Wachstums*. Stuttgart: DVA.
- Paech, N. (2012). *Befreiung vom Überfluss*. München: oekom.
- Raworth, K. (2018). *Die Donut-Ökonomie*. München: Hanser.
- Reißig, R. (2014). *Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft*. Wiesbaden: Springer VS.
- Rosa, H. (2016). *Resonanz*. Berlin: Suhrkamp.
- Schneidewind, U. (2018). *Die Große Transformation*. Frankfurt: Fischer.
- Sen, A. (1999). *Development as Freedom*. New York: Knopf.

Weizsäcker, E. U. v., & Wijkman, A. (2017). *Wir sind dran. Gütersloh: Gütersloher Verlagshaus*.

Welzer, H. (2013). *Selbst denken*. Frankfurt: Fischer

Buchempfehlungen:

1. Altvater, E. (2005). *Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
2. Held, M. & Nutzinger, H.G. (Hrsg.) (2006). *Wirtschaft und Ethik: Zur Konstruktion nachhaltiger Ordnungen*. Marburg: Metropolis. — Eine interdisziplinäre Sammlung, die ökonomische Effizienz und moralische Fundierung nicht als Gegensatz, sondern als integratives Ziel nachhaltiger Ordnungsmodelle begreift.
3. Seidl, I. & Zahrnt, A. (Hrsg.) (2010). *Postwachstumsgesellschaft. Konzepte für die Zukunft*. Marburg: Metropolis.
4. Schneidewind, U. (2018). *Die Große Transformation. Eine Einführung in die Kunst gesellschaftlichen Wandels*. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch. — Schneidewind verbindet wissenschaftliche Analyse mit praktischer Transformationsstrategie und zeigt, wie Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft gemeinsam gestaltend auf die sozial-ökologische Transformation einwirken können – ein Schlüsseltext zur „Kunst des Wandels“ in komplexen Demokratien.
5. Reißig, R. (2014). *Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft*. Wiesbaden: Springer VS.
6. Biesecker, A. & von Winterfeld, U. (2011). *Nachhaltige Entwicklung und Postwachstumsökonomie*. Wiesbaden: Springer VS. — Eine fundierte Auseinandersetzung mit der Frage, wie Wirtschaftssysteme in Richtung Nachhaltigkeit transformiert werden können, insbesondere durch den Fokus auf Reproduktion und Care-Arbeit.
7. Rosa, H. (2016). *Resonanz. Eine Soziologie der Weltbeziehung*. Berlin: Suhrkamp. — Rosa entwickelt ein alternatives Wohlstandsverständnis jenseits materieller Akkumulation, indem er Resonanz als gelingende Weltbeziehung theoretisch fassbar macht.

Basel im August 2025